

13.04.2005 - 14:26 Uhr

MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL VGB Aufgabenverzicht als Reorganisationsleerlauf gegen das Personal

Bern (ots) -

Der Bundesrat erhöht mit seinen neuesten Beschlüssen die Zusatzbelastung des Personals bei immer weniger Stellen. Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) hat vom zuständigen Bundesrat Hans Rudolf Merz mehrmals und unwidersprochen verlangt, dass die Aufgabenverzichtspläne nicht einfach Personalabbau sein dürfe, sondern gut begründeter Verzicht auf nicht mehr zeitgemässe Bundesaufgaben. Der Bundesrat präsentiert nun weitgehend das Gegenteil: Einen Abbau von 800 Stellen, quer durch alle Departemente, willkürlich und ohne klar erkennbare Prioritäten. Das heisst immer weniger Personal muss immer mehr Arbeit machen. Das Personal hat genug vom endlosen Reorganisationsleerlauf mit weniger Qualität, aber mehr Stress.

Die neuesten Bundesratsbeschlüsse sind Teil einer bald endlosen Serie von Abbaupolitik auf dem Buckel des Bundespersonals: Der Bund gebärdet sich als verantwortungsloser Job-Killer in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit. Die 800 Stellen kommen zu bereits früher gestrichenen 4200 Stellen hinzu! Gleichzeitig droht das Parlament mit einem Beschluss des Ständerats die Löhne beim Bund um zusätzlich 50 Millionen zu kürzen. Hinzu kommen Pläne für einen massiven Leistungs-Abbau bei der Bundespensionskasse. Und eine Spezialkommission des Nationalrats verunsichert in diesen Tagen mit Kahlschlag-Sparanträgen von Rechtsausseren.

Der Bundesrat müsste deshalb alles Interesse daran haben, sein hochqualifiziertes und treues Personal zu motivieren. Das Gegenteil ist der Fall. Die Gewerkschaften des Bundespersonals können dieser Sozialabbauspirale nicht untätig zusehen.

Auskunft:

Hans Müller, PVB und Präsident VGB, Tel. 079 406 93 38
Giordano Schera, garaNto, Tel. 079 322 16 04
Christof Jakob, VPOD, Tel. 079 781 90 28

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100488722> abgerufen werden.